

DEMOKRATIE SOLL MEILEN EINE RECHNUNGS- UND GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION EINFÜHREN?

Wenn die Prüfer des Gemeinderats nicht nur aufs Geld schauen

Die Gemeindeversammlung sei heute nicht mehr in der Lage, die Geschäfte des Gemeinderats fundiert zu prüfen. Ein Komitee fordert deshalb in Meilen eine Geschäftsprüfungskommission, die nicht nur finanztechnische Vorlagen kommentieren darf.

Je mehr Buchstaben, desto grösser ist die Macht: Soll künftig eine RGPK dem Meilemer Gemeinderat auf die Finger schauen? Oder wie bis anhin eine RPK? Hinter den Buchstaben, die bei politikfernen Bürgern in erster Linie ein Filmmern vor den Augen auslösen mögen, verbergen sich wichtige staatspolitische Aufgaben.

Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) schaut sich in Gemeinden mit Gemeindeversammlungen alle Geschäfte unter finanzrelevanten Gesichtspunkten an. Eine Rechnungsprüfungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) hingegen würde nebst der finanziellen Tragweite auch die sachliche Angemessenheit eines Geschäfts hinterfragen. Und sie würde sich auch zu Anträgen äussern, die keine direkten finanziellen Konsequenzen hätten.

In Meilen gibt es heute keine solche RGPK. Die Stimmberechtigten entscheiden aber am 21. Mai, ob sie 2018 eine einführen wollen. Die SVP und die CVP sind dafür. Ein Komitee um die damalige SVP-Präsidentin Barba-

ra Kluge und CVP-Präsident Stefan Wirth lancierte zunächst eine Initiative. Die Gruppierung zog diese dann aber zurück, weil der Gemeinderat zusagte, das Thema selber aufs Tapet zu bringen.

Verwaltung beaufsichtigen

Die Befürworter sehen in einer RGPK viele Vorteile: Die Rechnungsprüfer könnten heute Geschäfte nur «limitiert unter rein finanztechnischen Gesichtspunkten» anschauen, schreibt Kluge in ihrer Stellungnahme in der Weisung zur Urnenabstimmung. Es liege aber im Interesse der Stimmberechtigten, ihre vom Gesetz geforderte Aufsicht über die Verwaltung vermehrt wahrzunehmen und Geschäfte analytisch zu prüfen. In einer Gemeinde wie Meilen, die inzwischen schon eine Stadt geworden sei, könne die Gemeindeversammlung jedoch keine fundierte politische Kontrolle mehr ausüben. Aus diesem Grund, so der Schluss, brauche es eine Kommission, die eben nicht nur Rechnungen, sondern auch Geschäfte prüfe.

Weiter führen die Befürworter «gravierende Kostenüberschreitungen bei Gemeindebauten» ins Feld, etwa bei einem Bauprojekt für den Verein FEE, also für die familienergänzenden Einrichtungen für Kinder in Meilen. Die Beispiele zeigten, dass es eine Früherkennung von Projektschwächen und Kalkulationsfehlern brauche.

Gemeindepräsident Christoph Hiller (FDP) lässt diese Kritik nicht als Argument für die Einführung einer RGPK gelten. Die erwähnten Kostenüberschreitungen hätten nichts mit einer fehlenden Geschäftsprüfungskommission zu tun, sagt er. Denn die Geschäfte mit finanzieller Tragweite würden ohnehin von der Rechnungsprüfungskommission geprüft – sowohl heute wie auch in Zukunft.

«Bürger sind nah genug dran»

Hiller verweist zudem darauf, dass die RPK bereits heute fast überall mitreden könne. «Es gibt ausser vielleicht bei Zonenplanänderungen kaum ein Geschäft, das keinen finanziellen Aspekt hat.» Ausserdem erachtet er es als systemwidrig, in der direkten Demokratie – also in einer Gemeinde mit Gemeindeversammlung – eine Geschäftsprüfungskommission einzuführen. Denn dieses

Instrument sei eigentlich für Parlamentsgemeinden gedacht.

«Die Gemeindeversammlung ist nahe genug an den Geschäften dran, um diese beurteilen zu können», sagt Hiller. Das Zusammenspiel zwischen Gemeindeversammlung, Gemeinderat und RPK funktioniere in Meilen gut. Hiller spricht von einem «Dreigestirn, das gut ausbalanciert» ist.

Zur RPK pflege der Gemeinderat ein sehr offenes Verhältnis. Es habe sich bewährt, dass der Gemeinderat der Kommission nicht nur in finanzrelevante Vorlagen Einblick gewähre, sondern in sämtliche Geschäfte, die den Stimmbürgern vorgelegt würden.

Was aber, wenn das eintrifft, wovor Ökonomieprofessor Reiner Eichenberger warnt – dass das Verhältnis zwischen Gemeinderat und RPK irgendwann einmal zerrüttet sein könnte (siehe Interview)? Dann, sagt der Gemeindepräsident, nütze es wohl auch wenig, wenn die eine Behörde auf die Gemeindeordnung poche. «Die politische Kultur ist letztlich entscheidender als irgendein Paragraf», sagt Hiller. «Wie wir zwischenmenschlich miteinander umgehen – dazu kann man kein Gesetz machen.»

Mehr Gedanken macht sich Christoph Hiller über praktische

Auswirkungen – etwa über den Aufwand, der auf beide Behörden zukäme. Der Gemeinderat müsste jährlich einen Geschäftsbericht verfassen – zusätzlich zur bereits breiten Informationstätigkeit, die er schon das Jahr hindurch erbringe. Und die RGPK-Mitglieder hätten mehr zu tun, obwohl sie nur abgeschlossene Geschäfte prüfen, also nur rückblickend tätig sein dürften.

RPK äussert sich nicht

Die Befürchtung, dass die RPK geschwächt werde, wenn man beim bisherigen System bleibe, findet der Gemeindepräsident unsinnig. «Die Verantwortung und Kompetenzen der RPK sind in der neuen Gemeindeordnung unverändert zu heute», sagt er. Mehr noch: Für die finanztechnische Prüfung ist neu eine externe, professionelle Prüfstelle vorgeschrieben. «Somit kann sich die RPK noch stärker mit der finanzpolitischen Kontrolle befassen.»

Hiller hat die eigene Partei, die FDP, im Rücken. Auch sie ist gegen die Ausdehnung der Aufgaben der Rechnungsprüfer. Und was sagt die RPK dazu? Ausgerechnet zu jenem Geschäft, das sie selber betrifft, äussert sie sich offiziell nicht. Sie hat freiwillig darauf verzichtet. *Michel Wenzler*

«Die politische Kultur ist letztlich entscheidender als irgendein Paragraf.»

Christoph Hiller, Gemeindepräsident von Meilen

«Es ist unangenehm, kontrolliert zu werden»

Sollen die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission künftig auch als Geschäftsprüfer wirken? Ja, findet Ökonomieprofessor Reiner Eichenberger, der über das Thema forscht und in Meilen wohnt.

Herr Eichenberger, Sie sprechen sich seit 15 Jahren für die Stärkung von Rechnungsprüfungskommissionen (RPK) aus. Nun diskutiert Ihre Wohngemeinde Meilen darüber, ob die RPK zu einer Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK) erweitert werden soll. Haben Sie die lokale Politik beeinflusst?

Reiner Eichenberger: (lacht) Nein. In Meilen hat die SVP das Thema von sich aus aufgenommen. Das hat System: In Meilen dominiert die FDP in der Regierung. Deshalb will die SVP eine wirkungsvolle Kontrolle. In Gemeinden, wo die FDP schwächer ist, will auch sie mehr Kontrolle und eine RGPK, so wie kürzlich in Thalwil.

In Richterswil stellen gleich vier Parteien diese Forderung. Die Gemeinde stimmt wie Meilen am 21. Mai über die Einführung einer RGPK ab. An beiden Orten sind die Gemeinderäte dagegen. Überrascht Sie das?

Nein. Wenn man an der Macht ist, ist es unangenehm, kontrolliert zu werden. Das verstehe ich. Viele Politiker sind mit Herzblut und guten Absichten am Werk. In Meilen macht Gemeindepräsident Christoph Hiller einen tollen Job. Niemand will etwas gegen ihn sagen. Aber gerade deshalb braucht es ein starkes Kontrollorgan.

Ihre Studie besagt, dass die Gemeinden von starken RPK profitieren. Inwiefern?

Die Forschung von meinem Kol-



Wirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger, der an der Universität Freiburg lehrt und in Feldmeilen wohnt, möchte die RPK stärken.

Archiv Patrick Gutenberg

legen Mark Schelker und mir zeigt, dass eine starke RPK eine tiefere Steuerlast und weniger Ausgaben bringt, bei gleicher Leistungsqualität. Und: Je mehr Einwohner eine Gemeinde hat, desto schwerer fällt es den Bürgern, gut informiert zu sein. Deshalb ist es in grossen Gemeinden wie Meilen und Richterswil besonders wichtig, dass ein neutraler Informationsaufbereiter Fakten bereitstellt.

Und weshalb braucht es dazu nun eine RGPK?

Bisher durften Rechnungsprüfer von Gesetzes wegen nur die finanzielle Angemessenheit von

Geschäften anschauen. Faktisch machten sie in vielen Zürcher Gemeinden wesentlich mehr, als sie eigentlich durften, so auch in Meilen. Das liegt unter anderem daran, dass sich die Grenze nicht leicht ziehen lässt: Was ist finanzielle und was sachliche Kritik? Das ist ein fließender Übergang. In mancher Gemeinde hat dies schon zu Konflikten zwischen Gemeinderat und RPK geführt. In Meilen war das Verhältnis halbwegs entspannt.

Wenn das Verhältnis in Meilen einigermaßen gut ist, braucht es doch keine Änderung, oder?

Doch, es braucht die RGPK. In

Gemeinden, die sich explizit gegen eine RGPK entscheiden, wird die RPK gegenüber heute eingeschränkt. Es wird schnell der Vorwurf aufkommen, sie üben unerlaubterweise die Aufgaben einer RGPK aus. Die Kommission würde dann auf ihren engen gesetzlichen Spielraum zurückgestutzt und ihren bisherigen Einfluss verlieren. Dass der heutige Gemeinderat so etwas nie tun würde, ist kein Argument. Seine Zusammensetzung wird sich ja ändern.

Vor einigen Jahren sagten Sie in einem Interview mit der ZSZ, Rechnungsprüfer sollten sich als

Schattenregierung sehen. Wie gut käme eine solche Macht bei der Bevölkerung an?

Stimmt, das habe ich gesagt. Entscheidend ist, was man unter Schattenregierung versteht. Wie eine Schattenregierung hat eine RGPK keine Macht im herkömmlichen Sinn, da sie selber nichts entscheiden kann. Und sie ist weit konstruktiver, als es Oppositionsparteien sind. In den meisten Regierungssystemen wird eine Regierung gewählt, und die Verlierer bilden die Opposition. Dann ist Oppositionspolitik systematisch blockierend und destruktiv, weil die Opposition die

Regierung stürzen und selber an die Macht will. Wenn man hingegen wie in den Schweizer Gemeinden zusätzlich zur Regierung, also zum Gemeinderat, eine RGPK wählen würde, erhielte man genau das, was man sich von herkömmlichen Oppositionsgruppen vergeblich erträumt: eine kritisch-konstruktive Haltung. Denn die RGPK-Mitglieder wollen zumeist nicht in die Regierung, sondern wieder in die RGPK gewählt werden. Wichtig dabei ist, dass sie Milizpolitiker bleiben und so berufliche Qualifikationen einbringen.

Kritiker zweifeln gerade die Miliztauglichkeit einer solchen RGPK an, weil ihr Aufgabenbereich viel grösser und deshalb sehr zeitintensiv ist.

Tatsächlich muss man auf die Belastung achten. Aber niemand schreibt der RGPK vor, sie müsse alles prüfen. Im Gegenteil: Das soll sie nicht tun! Ihre Mitglieder sollen frei entscheiden können, welche Geschäfte sie besonders akribisch anschauen.

Interview: Michel Wenzler

ANZEIGE

Fremdzöslisch?

Die 2. Fremdsprache kann in der Sekundarschule schneller und effizienter gelernt werden.

JA am 21. Mai zur Fremdsprachen-Initiative

Christoph Ziegler, Kantonsrat GLP

www.fremdsprachen-initiative.zuew.ch